

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 1

Artikel: Jawohl, eine Abrüstungsinitiative!
Autor: Baumann, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

müssen sie gelöst werden, wenn die nächste Etappe auf dem Wege zur schweizerischen Abrüstung erreicht, wenn der Weg zur internationalen Abrüstung geebnet werden soll.

Der Gegensatz zwischen den zwangsweise abgerüsteten Staaten Mitteleuropas und den aufrüstenden Staaten West- und Südeuropas muß gelöst werden. Er kann gelöst werden, indem die Siegerstaaten, um ihre eigene Rüstung zu bewahren, den Besiegten die Freiheit aufzurüsten wiedergeben. Aber er kann auch gelöst werden, indem die Siegerstaaten gezwungen werden, ihre militärischen Vorbereitungen dem Niveau der Besiegten anzugleichen. Die Gleichberechtigung aller Staaten Europas kann erzielt werden durch die Angleichung aller Rüstungen auf das Niveau Frankreichs und Italiens, sie kann aber auch erlangt werden durch die Abrüstung der Siegerstaaten. So oder so — der Gegensatz muß seine Lösung finden, die Gleichberechtigung aller Staaten Europas muß hergestellt werden. Daß die *sozialistische*, die *antimilitaristische Lösung verwirklicht* werde, dazu kann und muß daher auch die schweizerische Sozialdemokratie ihr Teil beitragen.

Jawohl, eine Abrüstungsinitiative!

Von Fritz Baumann, Aarau.

«Unsere Partei wird darum seinen Vorschlag ablehnen.» So schreibt Genosse Nobs in der «Roten Revue», Nr. 11, zu den Vorschlägen des Genossen Frank in der «Roten Revue», Nrn. 9 und 10, über die schweizerische Abrüstung. Mir scheint, das Urteil Nobs' sei zum mindesten etwas vorschnell und unsere Partei würde sich kein gutes Zeugnis ausstellen, wenn sie sich ihm ohne weiteres anschließen wollte. Auf alle Fälle ergibt sich die Notwendigkeit zur Fortsetzung der Aussprache, da sie durch die Kritik des Genossen Nobs teilweise auf eine unrichtige Bahn gekommen ist. Sind wir für die Totalabrüstung? Genosse Frank hat diese Frage nicht erörtert, offenbar, weil er als selbstverständlich annahm, daß dem so sei. Seine Annahme entbehrt nicht der Grundlage. Im Arbeitsprogramm der Sozialdemokratischen Partei aus dem Jahre 1924 heißt es: «Grundsätzlicher Kampf gegen den Militarismus . . . Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen . . .» Und diesen Leitsätzen entsprechend hat unsere Nationalratsfraktion in der Bundesversammlung immer alle Militärkredite bekämpft, nicht etwa nur quantitativ, sondern grundsätzlich. Wie sich Genosse Nobs zur Totalabrüstung in der Schweiz stellt, ergibt sich aus seiner Kritik nicht eindeutig. Auch nicht aus seiner seitherigen Erklärung in der Presse. Es wäre erwünscht, wenn er eine bestimmte,

klare Stellung beziehen würde. Aus der kategorischen Ablehnung des Frankschen Vorschlages muß man auf Gegnerschaft gegen die Totalabrüstung schließen, wenn auch die Begründung mehr auf «zur Zeit» lautet. Aus der Presseerklärung, worin es heißt: «Ich bin und bleibe ein Gegner der Landesverteidigungsparolen», würde man eher entnehmen, auch Genosse Nobs sei für Totalabrüstung, denn es läßt sich schlechterdings nicht denken, daß man bei Ablehnung der Landesverteidigung noch irgendeine Möglichkeit für ein Heer sieht — wenn nicht zum Schutz vor dem «innern Feind», und daran wird Genosse Nobs kaum denken!*

Solange sich Genosse Nobs nicht ausdrücklich als grundsätzlicher Gegner der Totalabrüstung bekennt, wird man mit ihm darüber nicht eingehend diskutieren müssen. Also kann ich mich seiner Kritik des Frankschen Vorschlages im einzelnen zuwenden. Nach seiner Darstellung folgert Genosse Frank aus der Ablehnung des Militarismus und der Militärkredite und dem

* *Erklärung.* Meine Stellungnahme gegen den Initiativvorschlag des Genossen Dr. Frank ist — aus begreiflichen Gründen — sowohl von bürgerlichen wie religiössozialen Publizisten polemisch ausgeschlachtet worden. Dabei hat es an Unterschiebungen und persönlichen Gehässigkeiten nicht gefehlt. Auch die obigen Ausführungen des Genossen Fritz Baumann werden meiner Auffassung in keiner Weise gerecht. Darum sei mir statt längerer polemischer Darlegungen wenigstens eine knappe Erklärung zur Grundsatzfrage erlaubt: Die Totalabrüstung ist ein Endziel, das ich so rasch erreichen will, als es zu verwirklichen ist. Warum ich im heutigen Zeitpunkt eine diesbezügliche Initiative nicht für förderlich halte, setzte ich in meinem Artikel gegen den Vorschlag des Genossen Frank einläßlich auseinander. Ich bin und bleibe ein Gegner der sogenannten Landesverteidigung. Ich sehe keine andere Möglichkeit, die Kriege aktiv zu bekämpfen, als daß die Arbeiterklasse aller Länder es ablehnt, auf das Stichwort Landesverteidigung sich gegenseitig niederzumetzeln. Der Begriff der Landesverteidigung umfaßt aber nicht das Problem der Gewaltanwendung in seiner Gesamtheit. Die Ausdeutung, als ob unsere Partei sich mit den Beschlüssen von 1917 etwa auf den Boden tolstoischer Gewaltlosigkeitsprinzipien begeben hätte, lehne ich ab. Drei Exempel: Ich heiße es gut, daß der russische Bolschewismus die konterrevolutionären Einfälle der zaristischen Generäle Wrangel, Denikin, Judenitsch, Petljura usw. mit militärischen Mitteln abgeschlagen hat. Ich habe die Tätigkeit von zehntausenden deutscher Parteigenossen innerhalb der Reichswehr zum Schutze der Republik gegen monarchistische Putschisten stets für nützlich und notwendig gehalten. Ich glaube nicht, daß die englische Arbeiterregierung, selbst wenn sie die dazu erforderliche knappe parlamentarische Mehrheit besäße, mit der sofortigen und voraussetzungslosen Totalabrüstung Englands dem Weltproletariat einen großen Dienst erwiese. Jedoch meine ich, daß die Initiative der Labourregierung auf dem Gebiet der Abrüstung nachhaltiger, ihr eigenes Vorgehen (Einsparung an den Militärausgaben) mutiger und entschiedener hätten sein müssen unter günstigeren parlamentarischen Voraussetzungen. Ich hoffe, daß diese Beispiele dazu beitragen werden, mich etwas besser zu verstehen. Auch bekenne ich offen und frei, daß ich kein Anhänger der individuellen Dienstverweigerung bin. *Ernst Nobs.*

daraus hervorgehenden Willen zur totalen Abrüstung, daß dieses Endziel «schnurstracks und auf dem kürzesten Wege dem Volk zum Entscheid zu unterbreiten sei». Diese Darstellung ist unrichtig. Sie ergibt sich aus den Frankschen Ausführungen nicht, im Gegenteil: Genosse Frank will keineswegs stracks und auf dem kürzesten Wege eine Abrüstungsinitiative vors Volk bringen, sondern betont mit allem Nachdruck, daß die Initiative richtig vorbereitet werden müsse. Seine Ausführungen wollen die Vorbereitungsarbeit einleiten und zu systematischer Beschäftigung mit dem Fragenkomplex anregen. Nichts ist verdienstlicher als das. Denn nur, wenn wir selbst ein richtiges durchdachtes Bild von der Abrüstung und ihren Konsequenzen haben, können wir in Zukunft gut und erfolgreich für sie wirken. Sonst bleibt unsere Abrüstungspropaganda entweder ein dauerndes Gefühlsgestammel — womit gewiß Genosse Nobs als Marxist nicht einverstanden ist — oder ein Phrasengewäsch.

Freilich, eine *Initiative* erstrebt Genosse Frank, und wenn Genosse Nobs grundsätzlich den Weg der Initiative nicht für richtig halten sollte, so wäre mit ihm darüber zu diskutieren. Wir müßten in diesem Falle die Frage stellen: Wie kommen wir mit unsern Abrüstungsbestrebungen am besten ans Ziel? Indem wir in unserer Presse die militärischen Einrichtungen und Mißstände kritisieren und die Kritik in der Bundesversammlung wiederholen und dort gegen die Militärkredite stimmen?

Gewiß werden wir das tun, aber damit nicht mehr als einigen propagandistischen Erfolg erzielen. Wenn wir die Abrüstung durch die Bundesversammlung zu erreichen hoffen, so müssen wir warten, bis uns dort die Mehrheit blüht — was aber noch reichlich lange dauern wird. Also bleibt uns — wenn wir die Abrüstungsfrage nicht auf Jahrzehnte zurückstellen wollen — nur der Appell an das Volk, und dieser Appell geht auf dem Weg über die Initiative. Oder weiß Genosse Nobs noch einen andern Weg? Er weist ihn bisher nicht, sondern führt aus, daß man nicht leichthin Initiativen lancieren dürfe. Wenn man damit nicht durchdringe, müsse man zum mindesten propagandistischen Erfolg haben, was unserer Partei schon versagt worden sei, ob schon «alle unsere Organisationen, unsere Publizistik, unsere Versammlungs- und Aufklärungsarbeit das Maximum an Aufwand geistiger und materieller Art aufgebracht habe».

Dazu wäre zu bemerken, daß die von uns provozierten Kämpfe um Initiativen in der Regel im Kampfstadium allerdings mit größtem Elan geführt werden. Aber man darf wohl die Frage aufwerfen, ob im Vorbereitungsstadium immer alles geklappt habe, zum Beispiel bei der Vermögensabgabeinitiative? Genosse Frank möchte die Vorarbeiten für eine künftige Abrüstungsinitiative heute schon aufnehmen und damit Unterlassungssünden früherer Aktionen vermeiden. Wenn er bei seinem Unterfangen Hilfe findet, wird seinerzeit schon die erste

Abrüstungsinitiative zum mindesten ein propagandistischer Erfolg sein, weil sie mit so viel verarbeitetem Material eingeleitet werden kann, daß sie viele überzeugen wird, die wir bei andern Initiativen nicht zu überzeugen vermochten. Daß wir im ersten Anlauf nicht durchdringen werden, kann uns gewiß vom ersten Versuch nicht abhalten, sonst müßten wir ja die Kampfvergangenheit unserer Bewegung verleugnen.

Hinter den Nobsschen Bedenken gegen die Initiative scheint die Erwägung zu stehen, daß Genosse Frank nicht mit der *politischen Macht* rechne, die uns fehle, auch wenn wir in der Volksabstimmung einen Abrüstungsparagraphen erzwungen hätten. Der marxistische Einschlag dieser Bedenken ist nicht verkennbar. Aber man wird gegen ihn zweierlei einwenden können: Wenn sich für eine Initiative eine Volksmehrheit findet, so handelt es sich nicht mehr um einen «einer widerstrebenden Volksmehrheit abgerungenen Strafgesetzparagraphen», sondern um eine Volksmehrheit, die willig ist, hinter dem Paragraphen zu stehen. Nach dieser Richtung ist doch unser schweizerisches Staatsrecht fundamental anders als in allen uns umgebenden Staaten, die die *direkte* Einwirkung des Volkes auf die Gesetzgebung nicht oder nur unter sehr erschwerten Voraussetzungen besitzen.

Zum andern bestehen eben doch Mächte, die vom Marxismus zwar offiziell abgelehnt, aber in der Praxis in weitem Maße zu Hilfe gezogen werden: Kräfte der Gefühlswelt. Wenn das Schweizervolk eine Abrüstungsinitiative angenommen hätte und die Bundesbehörden wollten ihr keine Nachachtung verschaffen, so wäre das «moralische Plus» der Abrüstungsfreunde so groß, daß ihm die widerspenstigen Behörden auf die Dauer nicht widerstehen könnten.

Mir scheint: Wir wollen abrüsten. Unsere Abrüstung kann nur Totalabrüstung sein. Das Volk soll darüber entscheiden. Also müssen wir ihm eine Initiative unterbreiten. Diese Initiative muß nach allen Richtungen auf das sorgfältigste vorbereitet werden. Die Frankschen Vorschläge können als Diskussionsgrundlage dienen. Sie werden zweifellos in der Ausarbeitung verschiedene Aenderungen erfahren. Wenn einmal alle Vorarbeiten geleistet sind, wird Genosse Frank die Diskussion mit dem Genossen Nobs wieder aufnehmen über den taktisch besten Zeitpunkt der Lancierung der Initiative. Heute hat eine solche Diskussion keinen Sinn.